

Feuerwehr Hessen *news*



Im Blickpunkt
Landtagswahl 2013



LFVHessen

Sonderausgabe Informationsdienst
des Landesfeuerwehrverbandes
Hessen
Nr. 3, August 2013, 1. Jg.

Herausgeber:

Landesfeuerwehrverband
Hessen e. V.
Kölnische Straße 44 – 46
34117 Kassel
Telefon 05 61/78 89-4 51 47
Telefax 05 61/78 89-4 49 97
E-Mail: Info@feuerwehr-hessen.de
Internet:
www.feuerwehr-hessen.de

Redaktion:

Ralf Ackermann
Günter Fenchel
Harald Popp
Birgit Sattler
Holger Schönfeld

Titelbild

Hessischer Landtag
Quelle: Kanzlei, H. Heibel

Druck:

Meister Print & Media GmbH
34123 Kassel

Partner des LFV:



Kopieren erwünscht

Bitte machen Sie diese Informationen allen interessierten Feuerwehrangehörigen zugänglich. Bitte hängen Sie die wichtigsten Informationen außerdem am »Schwarzen Brett« aus.



Ralf Ackermann
Präsident Landesfeuerwehrverband
Hessen



■ Sehr geehrte Leserinnen und Leser, liebe Feuerwehrkameradinnen und -kameraden,

vor Ihnen liegt die Sonderausgabe unseres LFV-Infodienstes (Feuerwehr Hessen NEWS) zur Landtagswahl am 22. September 2013.

Bereits im Rahmen des Parlamentarischen Abends in Wiesbaden im Frühjahr dieses Jahres haben wir Themen der hessischen Feuerwehren bei den im Landtag vertretenen Fraktionen angesprochen.

Nun hat der Landesfeuerwehrverband an die Parteien »Wahlprüfsteine« gesandt, um deren Positionen für verschiedene Punkte zur Entwicklung des Feuerwehrwesens in den nächsten Jahren zu erfahren. Wichtig waren uns dabei eine solide Mitfinanzierung seitens des Landes Hessen und die zukünftigen Rahmenbedingungen für das Feuerwehrwesen. Die Antworten der Parteien wurden in diesem Heft zusammengefasst und sind so wiedergegeben, wie sie die Parteien formuliert haben.

Hierzu wünschen wir ihnen eine informative Lektüre – und hoffen, dass viele Feuerwehrleute von ihrem aktiven Wahlrecht Gebrauch machen. Denn die Demokratie lebt vom Mitmachen!

Des Weiteren möchte ich noch einmal auf das Thema Mitgliederentwicklung hinweisen. Uns Feuerwehren – und da sind alle gefragt – muss es gelingen, an der personellen Zukunft weiterzuarbeiten. Dazu stehen verschiedene Unterstützungen aktuell zur Verfügung:

- Leitfaden zur Gewinnung und Stärkung von Freiwilligen für die Feuerwehren in Hessen
- Kampagne Hessen: Alle brauchen Dich – www.allebrauchendich.com

Neben Großflächenplakaten stehen auch Aufkleber sowie weiteres Werbematerial zur Verfügung. Der Landesfeuerwehrverband Hessen wird Sie darüber informieren, wie dieses Material für die Öffentlichkeitsarbeit verteilt wird.

Der Landesfeuerwehrverband unterstützt hier bei Fragen und mit Materialien. Gerne kann auch ein Ehrenamtsberater regional eingebunden werden.



- Die Kampagne des Deutschen Feuerwehrverbandes: Vielfalt leben. Vielfalt schützen.
- Hierzu ergehen demnächst noch weitere Informationen.

In diesem Sinne appelliere ich nochmals: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch! Freie und unabhängige Wahlen sind ein hohes Gut und nicht in allen Ländern dieser Welt eine Selbstverständlichkeit. Hinzu kommt: Sie können in Hessen sogar »doppelt« wählen – bei der gemeinsam stattfindenden Landtags- und Bundestagswahl.

Ralf Ackermann

Der Landesfeuerwehrverband Hessen fragt –

Frage

CDU

SPD



1. Wie sehen Sie die Entwicklung der hessischen Feuerwehren in den nächsten Jahren – und zwar jeweils bezogen auf die Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren und Werksfeuerwehren?

1. Durch gesellschaftliche Veränderungen sowie die demographische Entwicklung der Bevölkerung tritt ein leichter Rückgang des Personalbestandes bei den Freiwilligen Feuerwehren ein, der in der Zukunft noch zunehmen kann. Ursachen sind u.a. die steigenden beruflichen Anforderungen sowie zunehmende Mobilitätsanforderungen in Beruf und Freizeit. Es ist zu erwarten, dass zukünftig Kommunen verstärkt Feuerwehren innerhalb der Kommunen zusammenlegen oder Konzepte im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit entwickeln. In diesem Zusammenhang sei aber erwähnt, dass die CDU Hessen nach wie vor uneingeschränkt zum Konzept der Ortsteilfeuerwehren steht, wie es auch in § 7 des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes geregelt ist. Bei Berufsfeuerwehren sind kaum Personalprobleme zu verzeichnen. Werksfeuerwehren besitzen in der Regel keine personellen Probleme, da diese auf Grundlage des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes von den Regierungspräsidien angeordnet werden und Unternehmen entsprechend ausgebildetes Personal einstellen müssen.

1. Bei den freiwilligen Feuerwehren muss es vor allem darum gehen, die Personalstärke zu erhalten und den Nachwuchs für das Engagement bei der Feuerwehr zu interessieren. Die steigenden Anforderungen an Berufs- und Werksfeuerwehrleute müssen sich unter Anderem in einer angemessenen Bezahlung niederschlagen. Dies ist allerdings Sache der Tarifpartner.



2. Wie setzen Sie sich für die Zukunft des flächendeckenden Brandschutzes durch die Erhaltung der Orts- bzw. Stadtteilfeuerwehren ein? Als Stichwort nennen wir die auf verschiedenen Ebenen eingebrachten Themen zur Zwangsfusionierung von Feuerwehren.

2. Grundsätzlich sollen Orts- bzw. Stadtteilfeuerwehren erhalten werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich einige kleine Ortsteilfeuerwehren im ländlichen Raum zusammenschließen werden, um dauerhaft einsatzbereite Feuerwehren gewährleisten zu können. Vielerorts erkennen dies Führungskräfte der Feuerwehren bereits heute und schlagen den jeweiligen Kommunen entsprechende Konzepte vor. Als CDU Hessen stehen wir dort, wo sich diese Frage stellt, jedoch für einen freiwilligen Prozess, der sich an der Einsatzfähigkeit und Reaktionsfähigkeit der im Einzelfall in Rede stehenden Feuerwehren orientieren muss.

2. Die Zwangsfusionierungen von Feuerwehren, wie ursprünglich von der Landesregierung angedacht waren, lehnen wir ab. Stärke der Feuerwehren ist ihre Verankerung vor Ort. Dieser Schlüssel sollte nicht aus der Hand gegeben werden. Dort wo Kooperationen sinnvoll sind und auf freiwilliger Basis erfolgen, sind diese zu unterstützen.

die Parteien antworten

Die Reihenfolge der Parteien ergibt sich aus den Mandaten im aktuellen Landtag: CDU 46 Sitze, SPD 29 Sitze, FDP 19 Sitze, Die Grünen 17 Sitze und Die Linke 6 Sitze.

FDP

1. Entscheidend für den funktionierenden Brand- und Katastrophenschutz in Hessen ist das ehrenamtliche Engagement der vielen Helfer, speziell in den Freiwilligen Feuerwehren. Dieses wollen wir weiter stärken, dabei aber auch nicht die Berufs- und Werksfeuerwehren aus dem Blick verlieren. Insbesondere die dem Arbeitsschutz dienenden EU-Bestimmungen wollen wir hinsichtlich ihrer Wirkung auf das Ehrenamt in Hessen und die besondere Bedeutung für die Freiwilligen Feuerwehren weiterhin kritisch begleiten, damit Schutzbestimmungen, die für die Berufs- und Werksfeuerwehren sinnvoll und geboten sind, eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Freiwilligen Feuerwehr nicht verhindern.

Wir wollen auch die Nachwuchsgewinnung durch die Jugendfeuerwehren weiter unterstützen. Außerdem wollen wir die Kooperationen von Freiwilligen Feuerwehren in Europa unterstützen und z.B. beim Aufbau der Freiwilligen Feuerwehr in Griechenland Hilfe leisten.

2. Der Brandschutz in der Fläche ist Aufgabe des Landes und der Kommunen gemäß dem Hessischen Gesetz über Brand- und Katastrophenschutz. Dabei sind die Aufgaben der Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte als Selbstverwaltungsaufgaben in der eigenen Zuständigkeit der Kommunen zu belassen. Über die Einrichtung von Ortsteilfeuerwehren entscheidet somit die Kommune in eigener Verantwortung. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Gemeindefeuerwehr so aufzustellen ist, dass sie in der Regel zu jeder Zeit und an jedem Ort ihres Zuständigkeits-

Die Grünen

1. Alle drei Wehren – freiwillige, Berufs- und Werksfeuerwehren sind wichtig und leisten einen bedeutenden unverzichtbaren Beitrag zum umfassenden Brandschutz.

Durch die hohe Qualität und die Differenziertheit seiner Wehren verfügt Hessen über eine hervorragende Brandschutzstruktur, die ganz wesentlich von der hohen Einsatzbereitschaft der freiwilligen und professionellen Feuerwehrleute geprägt ist.

Diese differenzierte Struktur hat sich gerade für die höchst unterschiedliche Infrastruktur Hessens – vom Ballungsraum über Industriebetriebe bis hin zum ländlichen Raum – bewährt.

2. Feuerwehren leisten gerade in kleinen Orten nicht nur unverzichtbare Arbeit im Brandschutz sondern sind auch ein wichtiger Teil des kulturellen und sozialen Lebens.

Wir sind grundsätzlich dafür, möglichst viele Wehren an vielen Orten zu erhalten.

Zwangsfusionen lehnen wir entschieden ab, aber wo Wehren aus eigener Entscheidung fusionieren, weil es sinnvoll ist und sie sich positive Entwicklungen davon versprechen, werden wir sie darin unterstützen.

Die Linke

1. Bei den Freiwilligen Feuerwehren sehen wir eine leicht positive Entwicklung. Dabei muss es in den nächsten Jahren verstärkt gelingen, im Bereich von Migrantinnen und Migranten neue Aktive zu gewinnen und ebenfalls den Anteil der Frauen weiter zu erhöhen. Auch die freiwilligen Feuerwehren tragen bereits verstärkt zur Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft bei. Ein weiterer Baustein für eine flächendeckend funktionierende Feuerwehr ist der Ausbau von Jugendfeuerwehren durch Kooperationen mit Schulen.

Die Berufsfeuerwehren in den großen Städten sind so zu gestalten, dass sie einen attraktiven Arbeitsplatz darstellen. Sie müssen weiter mit moderner Ausrüstung und Fuhrpark ausgestattet werden. Hierfür bedarf es finanziell gut ausgestatteter Kommunen, die nicht unter Einnahmeausfällen und Kostensenkungsdruck stehen.

2. Eine zwangsweise Zusammenlegung von Feuerwehren lehnen wir ab. Wie bereits in der ersten Antwort beschrieben, treten wir für eine flächendeckende moderne Feuerwehr ein. Dies erfordert jedoch auch Anstrengungen, um Menschen vor allem zur ehrenamtlichen Mitarbeit in der freiwilligen Feuerwehr zu motivieren. Der vom LFV Hessen herausgegebene Leitfaden »Mehr Menschen für die Feuerwehr« ist dabei ein wichtiger und hilfreicher Bestandteil zur Erreichung dieses Zielles. Fusionen von Feuerwehrstandorten sollten unserer Meinung nach nur dann

Frage

CDU

SPD



3. Wie können Sie sich eine Erleichterung/ Anerkennung des Dienstes der ehrenamtlich tätigen Feuerwehrangehörigen, die ihre Zeit und Gesundheit für andere ohne persönliche Vorteile einsetzen, vor Ort vorstellen?

3. Die CDU Landtagsfraktion hat, getragen durch die CDU Hessen, die Landesregierung in ihren Bestrebungen unterstützt, das Ehrenamt und insbesondere seine Anerkennung zu stärken. Im Bereich der Feuerwehr drückt sich die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements zusätzlich zu den Brandschutzehrenzeichen durch Auszahlung von Anerkennungsprämien aus. Die Kommunen als Träger der Feuerwehr können weitere Vergünstigungen und Anreize zum ehrenamtlichen Feuerwehrdienst schaffen, z.B. Eintrittsvergünstigungen im Schwimmbad. Diese sind vielfältig und können aufgrund der Fülle hier nicht weiter ausgeführt werden.

Es gibt darüber hinaus viele Aktivitäten der CDU-geführten Landesregierung zur Ehrenamtsförderung im Brandschutz:

- familienfreundliche Ausbildungsbedingungen an der Hessischen Landesfeuerweherschule,
- Ehrenamtsberater,
- FSJ in der Feuerwehr,
- Anerkennungsprämie,
- Feuerwehr-TV,
- die Zeitschrift FLORIAN Hessen,
- Landeshelferpartys,
- Feuerwehrführerschein,
- Feuerwehr des Monats und
- Faltblätter.

Zudem wurde vor Kurzem durch die Landesregierung eine neue Imagekampagne vorgestellt.

Darüber hinaus sei insgesamt auf die vielfältigen Maßnahmen der CDU-geführten Landesregierung zur Stärkung und Förderung des ehrenamtlichen Engagements im Rahmen der Ehrenamtskampagne »Gemeinsam Aktiv« – „Bürgerengagement in Hessen“ verwiesen. Diese Maßnahmen werden von der CDU Hessen ausdrücklich unterstützt. Um das in so vielen Berei-

3. Die Anerkennungskultur muss weiter verbessert werden. Die neu eingeführte Hessische Feuerwehrstiftung kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten. Denkbar wäre auch bei den Freiwilligen Feuerwehrleuten, analog zu Freistellungsregelungen für kommunale Mandatsträger, mit gesetzlichen Regelungen die Tätigkeit bei der Feuerwehr abzusichern. Dazu zählte dann auch ein besonderer Kündigungsschutz.

FDP

Die Grünen

Die Linke

bereichs innerhalb von zehn Minuten nach der Alarmierung wirksame Hilfe einleiten kann (§ 3 Abs. 2 HBKG).

erfolgen, wenn die betroffenen Feuerwehrstandorte dies selbst wollen.

3. Die Freien Demokraten stehen für eine Kultur des Ehrenamts und seine Anerkennung.

Für den Einsatz in den Freiwilligen Feuerwehren haben wir ermöglicht, dass bei langjährigem Engagement eine Anerkennungsprämie gezahlt werden kann. Auf Bundesebene verfolgen wir weiterhin das Ziel steuerlicher Entlastung ehrenamtlicher Betätigung. Dies gilt auch für andere ehrenamtliche Tätigkeit, jedoch profitieren hiervon auch ehrenamtliche Feuerwehrleute in gleichem Maße.

3. Gerade die freiwilligen Feuerwehrleute leisten einen wichtigen Beitrag zur Gemeinschaft, ohne dafür materielle Vergütung zu erwarten oder zu fordern. Sie tun dies aus eigenem Antrieb heraus und haben dafür höchste Anerkennung verdient.

Wir freuen uns, dass in Hessen mit Unterstützung aller Fraktionen eine wirkliche Anerkennungskultur entstanden ist, die das Ehrenamt nicht nur hoch schätzt, sondern auch durch vielfältige Fördermaßnahmen unterstützt.

Die Wertschätzung für freiwillige Feuerwehrleute ist besonders hoch und Jugendfeuerwehren erfreuen sich großer Anerkennung. Wir sind sehr dafür, die Anerkennungskultur für das Ehrenamt in Hessen weiter auszubauen.

3. Eine Erleichterung des Dienstes wäre durch eine bessere Ausstattung bei allen Feuerwehrstandorten in Hessen hilfreich. Leider werden die Schuldenbremse und der Kommunale Rettungsschirm in Zukunft dafür sorgen, dass Land und Kommunen aufgrund von Kostensenkungen auch notwendige Ausgaben wie z. B. bei der Feuerwehr nicht vornehmen werden. Die LINKE hat weder der Bremse, noch dem sogenannten Schutzschirm zugestimmt, da wir eine Umkehr bei der finanziellen Ausstattung der Kommunen für notwendig halten. Für die Anerkennung von ehrenamtlicher Feuerwehrarbeit wären anerkennende Zeitguthaben der im Öffentlichen Dienst tätigen, als auch kostenlose Zugänge zu städtischen Einrichtungen denkbar. Wir würden uns zudem wünschen, dass die Feuerwehrarbeit regelmäßig öffentlich stärker anerkannt würde.

Frage

CDU

SPD

chen notwendige ehrenamtliche Engagement weiter zu unterstützen und die Landespolitik entsprechend zu verpflichten, schlagen wir als CDU Hessen in unserem Wahlprogramm deshalb vor, die hessische Verfassung dahingehend zu ändern, dass eine neue Staatszielbestimmung zur Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl aufgenommen wird.



4. Wie sollen die Führungskräfte in den Feuerwehren für die Zukunft fit gemacht und dieser Tätigkeitsbereich attraktiv gestaltet werden?

4. Führungskräfte werden neben der kommunalen Ebene an der hessischen Landesfeuerweherschule ausgebildet. Die Lehrgänge und Seminare richten sich thematisch wie auch inhaltlich an den aktuellen Erfordernissen aus. Neue Lernmethoden wie auch die Unterstützung durch eine landeseinheitliche Feuerwehrverwaltungssoftware kommen ebenfalls zur Anwendung, da der Beruf den ehrenamtlichen Kräften der für Ausbildung und Organisation zur Verfügung stehenden Zeit Grenzen setzt.

Etwa 12 Millionen Euro der Mittel für den Brandschutz werden für die Ausbildung der Feuerwehrangehörigen an der Hessische Landesfeuerweherschule in Kassel (HLFS) und deren Außenstelle, das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum in Marburg, benötigt. Die HLFS ist eine Einrichtung des Landes, an der die Ausbildung für die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren kostenlos angeboten wird. Jährlich wird das umfangreiche Angebot der über 100 unterschiedlichen Seminare und Lehrgänge von mehr als 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern genutzt. Die Lehrgangsteilnehmerinnen und Lehrgangsteilnehmer werden dafür von ihren zumeist privaten Arbeitgebern freigestellt. Die Lehrgangsteilnehmer bekommen ihre Reisekosten, ihre Arbeitgeber den Verdienstaufschlag erstattet. Dies stellt sicher, dass alle Feuerwehrangehörigen, unabhängig von der Finanzkraft ihrer Kommune, gleichen Zugang zur Aus- und Fortbildung haben. Im Jahr 2013 wird die Hessische Landesfeuerweherschule noch

4. Die Anforderungsprofile an Führungskräfte müssen die Ehrenamtlichkeit im Blick haben. Zudem muss der zeitliche Aufwand sich auch in den entsprechenden Entschädigungen niederschlagen.

FDP

Die Grünen

Die Linke

4. Grundlage einer guten Führungskultur in der Feuerwehr ist eine gute Ausbildung durch die Wehren vor Ort, aber auch durch ein umfassendes und hochwertiges Angebot der Landesfeuerweherschule. Familienfreundliche Ausbildungsbedingungen, wie die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen Kinderbetreuungskosten erstattet zu bekommen, tragen dazu bei, dass diese Angebote auch von Menschen mit Kindern besser genutzt werden können.

4. Die attraktiven und guten Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten der Feuerwehren sollen weiter ausgebaut werden. Durch die Sanierung und Modernisierung der Feuerweherschule in Kassel wurde bereits ein wichtiger Baustein vollendet. In der kommenden Wahlperiode werden wir uns intensiv mit der Verbesserung im Bereich der Jugendfeuerwehr-Bildung beschäftigen.

4. Hierzu ist zunächst der Grundsatz der demokratischen Wahlen von Führungskräften bei den Feuerwehren beizubehalten. Darüber hinaus können die verstärkte Unterstützung und Koordination durch Hauptamtliche Kräfte je nach Größe des Zuständigkeitsbereiches dazu beitragen, den Tätigkeitsbereich der Feuerwehren zu verbessern.

Frage

CDU

SPD

einmal umgebaut und verfügt dann ab dem Jahr 2014 über 240 Einzelzimmer statt wie bisher über 120 Einzel- und 60 Doppelzimmer. Für die Aufstockung sind 6,6 Millionen Euro vorgesehen incl. rund 400.000 Euro für die Inneneinrichtung. Diese Konzeption für die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften in den Feuerwehren der CDU-geführten Landesregierung unterstützen wir als CDU Hessen ausdrücklich.



5. Welche Ideen gibt es, um die Personalstärke bei Freiwilligen Feuerwehren insbesondere an Werktagen zu verbessern?

5. Mit der letzten Änderung des Hessischen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes (HBKG) im Jahr 2010 wurde die Doppelzugehörigkeit zu verschiedenen Wehren eingeführt. Das heißt ein Feuerwehrangehöriger kann an zwei Orten in der Feuerwehr tätig werden – in der seines Wohnortes und in der seines Arbeitsortes. Bürgermeister/-innen können mit den ortsansässigen Unternehmen Gespräche zur Freistellung von Mitarbeitern/-innen für den Feuerwehrdienst aufnehmen. Auch sollten bevorzugt Feuerwehrangehörige bei der Besetzung von Stellen, auch in der Kommunalverwaltung, berücksichtigt werden.

Auch die CDU-geführte Landesregierung hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf reagiert. So ist im HBKG geregelt, dass Feuerwehrangehörigen durch ihren Dienst keine Nachteile am Arbeitsplatz entstehen dürfen. Weiter können Arbeitgeber, die Feuerwehrleute beschäftigen und unterstützen, mit der Plakette »Partner der Feuerwehr« ausgezeichnet werden. Ebenfalls im HBKG wurde die maximale Altersgrenze für den Einsatzdienst auf 65 Jahre herauf gesetzt, um aktiven Feuerwehrangehörigen eine längere Dienstzeit zu ermöglichen. Hinzu kommen die oben beschriebenen Aktivitäten der Landesregierung zur Ehrenamtsförderung, mit denen mehr Ehrenamtliche gewonnen werden sollen.

Im übrigen kann die Anerkennungsprämie für nach dem 1.1.2011 erreichte Jubi-

5. Hier ist auch der öffentliche Dienst als Arbeitgeber in besonderer Verantwortung. Feuerwehrleute sollten bei gleicher Eignung bevorzugt werden. Auch die Anerkennungskultur für Arbeitgeber, die sich der Feuerwehr verpflichtet fühlen, muss gefördert werden.

FDP

Die Grünen

Die Linke

5. Die Freiwilligen Feuerwehren in Hessen sind bereits im Bereich der Nachwuchsgewinnung aktiv und werben angesichts der demografischen Entwicklung auch um Menschen mit Migrationshintergrund. Diese integrativen Ansätze, die auch das Integrationsministerium verfolgt, unterstützen wir ausdrücklich. Wir wollen zudem Hindernisse abbauen, die verhindern, dass Menschen sich ehrenamtlich betätigen und so die Rahmenbedingungen für ein Engagement in der Feuerwehr auch an Werktagen verbessern.

5. Mit der Einführung der Möglichkeit zwei verschiedener Einsatzabteilungen (am Arbeits- und Wohnort) ist eine wirklich sinnvolle Maßnahme zur verbesserten faktischen Personalstärke umgesetzt worden.

Im öffentlichen Dienst wurden mit dem 2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz bereits die Freistellungsmöglichkeiten für ehrenamtliche Tätigkeiten verbessert. Wir werben auch in der Privatwirtschaft für großzügige Freistellungen für die Ausübung des Ehrenamtes. Und nicht zuletzt wollen wir auch in Bevölkerungsgruppen für den Dienst in der freiwilligen Feuerwehr werben, die zu Zeit deutlich unterrepräsentiert sind.

5. Ein guter Weg, die Personalstärke zu verbessern, ist es, den Weg einer verstärkten Ansprache an interessierte Frauen weiter zu gehen. Eine weitere Möglichkeit bietet sich durch eine stärkere Präsenz von Feuerwehren an Hochschulen. Bei entsprechenden »Jobmessen« und zu Semesterbeginn könnten interessierte Studierende angesprochen werden, ehrenamtlich bei der Feuerwehr mitzuarbeiten. Eine solche Form der Werbung würde die LINKE im Gegensatz zu Bundeswehrwerbung an den Schulen und Universitäten stark befürworten.

Frage

CDU

SPD

läen beantragt werden. Sie wird gestaffelt nach Dienstzeit in der Einsatzabteilung in jeweils 10-jährigem Abstand vergeben. Nach 10 Jahren wird eine Prämie in Höhe von 100 Euro, nach 20 Jahren von 200 Euro, nach 30 Jahren von 500 Euro und nach 40 Jahren von 1.000 Euro gezahlt, verbunden mit einer Dankesurkunde. Voraussetzung für den Erhalt der Anerkennungsprämie ist eine aktive Dienstzeit in einer Einsatzabteilung einer Freiwilligen Feuerwehr. Die Anerkennungsprämie wird vom Land Hessen bezahlt. Mit Kabinettsbeschluss vom 19.9.2012 können auch die Einsatzkräfte geehrt werden, die vor dem Stichtag (1.1.2011) bereits 40 Jahre Dienstzeit erreicht hatten und am Stichtag noch in der Einsatzabteilung aktiv waren. Die Anträge hierfür konnten bis zum 30.6.2013 eingereicht werden. Dies unterstützen wir als CDU Hessen nachdrücklich.



6. Wie stellen Sie sich den weiteren Ausbau des Katastrophenschutzes in Hessen vor?

6. Der Katastrophenschutz in Hessen wurde seit dem Jahr 2008 kontinuierlich ausgebaut. Er hat zwischenzeitlich im bundesweiten Ländervergleich in Bezug auf Konzeption, Ausstattung und Ausbildung der Helferinnen und Helfer eine Spitzenstellung erreicht. Das zum 1.1.2011 in Kraft getretene Katastrophenschutzkonzept des Landes und die in diesem Zusammenhang erstellten Sonderschutzplanungen für spezielle Gefahrenlagen bieten eine moderne Grundlage für eine effektive Tätigkeit der Helferinnen und Helfer im Katastrophenschutz. Die CDU-geführte Landesregierung hat in einer beispielhaften Ausstattungsoffensive 25 Mio. Euro in die Ausstattung des Hessischen Katastrophenschutzes investiert. Die Zahl der Fahrzeuge konnte so von 278 auf über 500 nahezu verdoppelt werden. Die Helferinnen und Helfer verfügen so über die modernste Ausstattung in der Geschichte des Hessischen Katastrophenschutzes. Dieses hohe Ausstattungsniveau gilt es auch in Zukunft zu halten, um die durch

6. Die landesweiten Beschaffungsmaßnahmen verbessern die Strukturen und sind gezielt fortzusetzen.

FDP

Die Grünen

Die Linke

6. Wir wollen das Katastrophenschutzkonzept der Landesregierung fortführen und -schreiben. Über die Förderung der interkommunalen Zusammenarbeit wollen wir ermöglichen, dass Kommunen sinnvolle Kooperationsmöglichkeiten auch für den Brandschutz nutzen können, wo sich dies anbietet.

6. Wir verfügen über ein gutes Neben- und Miteinander im System von Rettungsdiensten, Brand- und Katastrophenschutz in Hessen. Das möchten wir fortführen.

6. Analog der Feuerweherschule Kassel wäre eine Katastrophenschutzschule, wie sie von 1995 bis 2000 in Geisenheim existierte, wünschenswert. In Betracht kommen auch für den Katastrophenschutz entsprechende Werbeveranstaltungen an Schulen und Universitäten.

Zeitablauf erforderlichen Ersatzbeschaffungen zeitnah realisieren zu können.

Gleichwohl gilt es, den Katastrophenschutz auch für künftige Anforderungen zu rüsten. So wird beispielsweise in Kürze eine Rahmenempfehlung für die Einsatzplanung bei einem langanhaltenden flächendeckenden Stromausfall in Kraft gesetzt. Zum Schutz kritischer Infrastrukturen bei einem solchen Stromausfall wurden in einer bundesweit beachteten Beschaffungsaktion im Jahr 2012 insgesamt 27 Notstrom-Großaggregate in einem Gesamtwert von 3,2 Mio. Euro beschafft und flächendeckend stationiert. Vor dem Hintergrund der allseits bekannten Abhängigkeit unserer Gesellschaft und gerade auch der Kritischen Infrastrukturen von einer funktionierenden Stromversorgung, wird es künftig verstärkt darum gehen, den Bereich der Notstromversorgung inkl. der hierfür erforderlichen Treibstoffversorgung in den Blick zu nehmen. Ein Vorgehen, das die CDU Hessen uneingeschränkt unterstützt.

Darüber hinaus befinden sich derzeit 26 Gerätewagen Logistik Hochwasserschutz in der Beschaffung, mit denen die Katastrophenschutz-Löschzüge in den Kreisen und kreisfreien Städten verstärkt werden. Gerade die aktuellen, verheerenden Hochwasser haben gezeigt, wie wichtig eine gute Vorsorge auch in diesem Bereich ist. So werden die Auswertungen der aktuellen bundesweiten Flutkatastrophe von besonderer Bedeutung sein. Hier muss u.U. auch bei der Ausstattung des Katastrophenschutzes (bspw. Hochleistungspumpen, mobile Hochwasserschutzsysteme etc.) noch nachgelegt werden. Diese Schwerpunktsetzungen wurden durch den Landeshaushaltsgesetzgeber, hier insbesondere in Gestalt der CDU-Landtagsfraktion, getragen durch die CDU Hessen, ermöglicht. Die Opposition hingegen hatte die dafür erforderlichen Mittel durch Ablehnung der gesamten Landeshaushalte der letzten Jahre jeweils abgelehnt.

FDP

Die Grünen

Die Linke



Frage

CDU

SPD



7. Können Sie sich neue Organisations- und Führungsstrukturen der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr in Hessen vorstellen?

(Zusammenführung des Brand-, Katastrophenschutzes und Rettungsdienstes auch auf Ebene der Ministerien wie in anderen Bundesländern)

7. Derzeit sind die Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes, einschließlich des Baus und des Betriebs der Zentralen Leitstellen in den Kreisen und kreisfreien Städten im HMdIS und der Rettungsdienst beim HSM angesiedelt. Es wird jedoch auch immer wieder thematisiert, die Verantwortlichkeit an einer Stelle zusammenzulegen. Die jeweiligen Vor- und Nachteile werden wir daher immer wieder vorurteilsfrei abwägen, um sowohl den Belangen des Brand- und Katastrophenschutz, als auch denen des Rettungswesens Rechnung zu tragen.

7. Eine neue Organisations- und Führungsstruktur hängt vom Ressortzuschnitt der Ministerien ab. Im Zentrum muss stehen, dass in allen Bereichen die bestmöglichen Arbeitsbedingungen zur Verfügung stehen und die Strukturen zur effektiven Erfüllung der Aufgabe beitragen.



8. Wie kann die Personalstärke insbesondere an Werktagen gehalten oder verbessert werden?

8. siehe Antwort zur Frage Nr. 5.

8. Neben den bereits genannten Punkten ist zusätzlich wichtig, mehr Frauen und Migrantinnen und Migranten für das Engagement bei der Feuerwehr zu interessieren.



9. Zur Sicherung und Förderung des Ehrenamtes ist die gesetzliche Unfallversicherung zu ändern, um alle Gesundheitsschäden im Feuerwehrdienst abzudecken (Ausschluss Vorschaden). Können sie diese Initiative unterstützen?

9. Ja, beispielsweise sollten Vorschädigungen nicht zum Ausschluss von Versicherungsleistungen führen können. Obgleich ehrenamtliche Feuerwehrangehörige schon über das für einen »normalen« Versicherten übliche Maß hinaus bei der Unfallkasse Hessen (UKH) versichert sind.

9. Es ist eine Entscheidung der Kommunen, ob sie z.B. eine Zusatzversicherung für Feuerwehrleute abschließen. Wir halten solche Zusatzversicherungen für sinnvoll.



10. Wie stellen Sie sich die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in den hessischen Feuerwehren aber auch der »Hessischen Jugendfeuerwehr« vor – einschließlich eines zukunftsorientierten

10. Das Land unterhält zur Förderung der Jugendarbeit ein Jugendfeuerwehr-Ausbildungszentrum (JFAZ) in Marburg-Cappel. Im JFAZ werden Konzepte für die Jugendarbeit in den Feuerwehren entwickelt, die sich an den aktuellen Erfordernissen der Jugendarbeit orientieren. Im

10. Die Kinder- und Jugendarbeit könnte z.B. durch verstärkte Europäische Zusammenarbeit für Viele interessanter werden. Die Entscheidung über ein neues Jugendfeuerwehrausbildungszentrum sollte auch Alternativen an anderen Standorten in Erwägung zie-

FDP

7. Die bisherigen Organisationsstrukturen haben sich im Grunde bewährt. In den Gefahrenabwehrzentren auf Kreis-ebene oder im Bereich der Leitstellen gibt es bereits umfangreiche Möglichkeiten, eine verbesserte Abstimmung zu erreichen. Hinzu kommen gemeinsame Katastrophenschutzübungen, die helfen können Verbesserungsmöglichkeiten bei der Koordinierung zu identifizieren und umzusetzen. Dies kann jedoch nur im Dialog mit den Feuerwehren und Katastrophenschutzorganisationen erfolgen.

8. Zur Verbesserung der Personalstärke an Werktagen wurde bereits weiter oben Stellung genommen.

9. Bei der Beurteilung von Vorschäden sind wir für eine ehrenamtsfreundliche Auslegung der unfallrechtlichen Bestimmungen, die die besondere Belastung bei Brandschutzeinsätzen berücksichtigt, und somit den Schutz für die Freiwilligen Feuerwehren verbessert. Es wäre ein falsches Signal an die vielen ehrenamtlichen Feuerwehrleute, wenn regelmäßig Probleme wegen angeblicher Vorerkrankungen auftreten. Insbesondere dürfen Vorerkrankungen nicht gewohnheitsmäßig seitens der Versicherer zu dem Zweck vorgeschoben werden, pauschal die Übernahme von Schäden zu verweigern.

10. Das Land Hessen unterstützt über den Hessischen Jugendring, aber auch im Wege der Förderung allgemeiner Jugendarbeit die hessische Jugendfeuerwehr. Mit den »Bambinifeuerwehren« wird bereits in frühestem Alter über die Aufgaben und die Tätig-

Die Grünen

7. Grundsätzlich spricht nichts gegen eine solche Zusammenlegung, aber sie ist auch nicht unbedingt erforderlich. Gerade in Hessen hat sich die gewachsene Struktur im Großen und Ganzen gut bewährt.

8. Der Sicherstellungsauftrag obliegt den Kommunen, die örtlichen Feuerwehren sind auf hinreichendem Personalstand zu halten. Wir unterstützen grundsätzlich alle Maßnahmen um das zu bewerkstelligen.

9. Grundsätzlich können wir uns vorstellen, eine Initiative zur Änderung der gesetzlichen Unfallversicherung zu unterstützen.

10. Hessen unterstützt die Nachwuchsarbeit der Jugendfeuerwehren bereits in erheblichem Maße. In der kommenden Wahlperiode wird insbesondere in Zusammenarbeit der Jugendfeuerwehr eine sinnvolle Lösung für die dringend renovierungsbedürftig-

Die Linke

7. Eine verstärkte Zusammenarbeit der verschiedenen Dienste – insbesondere im Bereich der Gefahrenabwehr – und eine verstärkte Koordination halten wir für zukunftsweisend. Dies sollte sich bis auf die Ministeriumsebene durchziehen. Die positiven Erfahrungen aus anderen Bundesländern sollten deshalb aufgenommen werden.

8. Hier wird auf die Ausführungen in der Antwort auf Frage 4 verwiesen. Ähnliche Formen der Werbung können sich auch für den Katastrophenschutz in Hessen bewähren.

9. Ja, eine solche Initiative zur Änderung der gesetzlichen Unfallversicherung würde die LINKE unterstützen.

10. Das Jugendfeuerwehrausbildungszentrum in Marburg-Cappel ist ein wichtiger Eckpfeiler in der Förderung der Kinder- und Jugendarbeit der hessischen Feuerwehren. Neben der Werbung an Schulen und Universitäten und einer »Brandschutzerziehung« (Ant-

Frage

CDU

SPD

Jugendfeuerwehrausbildungszentrums?

Mittelpunkt der Bildungsangebote steht dabei die Überlegung, dem/der verantwortlichen Jugendfeuerwehrwart/in, sonstigen Führungskräften und Multiplikatoren in der Jugendarbeit der Feuerwehren konkrete Hilfen für die pädagogische Arbeit vor Ort zu geben. Des Weiteren erfolgt an dem Jugendfeuerwehrausbildungszentrum die abschließende, auf örtlicher und Kreisebene begonnene Ausbildung der Jugendfeuerwehrwarte, die zum Erwerb der Jugendleitercard berechtigt.

Mittelfristig sind bauliche Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Jugendausbildungszentrums notwendig. Um den Umfang und die Schwerpunkte dieser Maßnahmen zu ermitteln, ist ein Arbeitskreis aus Vertretern des Innenministeriums, der Hessischen Jugendfeuerwehr und des Landesfeuerwehrverbandes Hessen gegründet worden.

Die CDU-geführte Landesregierung prüft im übrigen die Neuerrichtung eines Jugendausbildungszentrums im mittelhessischen Raum.

Die Kindergruppen bei den Feuerwehren sind ebenso fester Bestandteil der Nachwuchsgewinnung. Hier können interessierte Kinder bereits ab Vollendung des 6. Lebensjahres in die Welt der Feuerwehr hinein schnuppern. Daneben wird diesen Kindern die Möglichkeit geboten, im spielerischen Miteinander und Lernen Sozialkompetenz in der Gemeinschaft zu erwerben.

Die CDU Hessen steht uneingeschränkt hinter den ergriffenen und geplanten Maßnahmen zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit, die im Bereich der Feuerwehr geleistet wird.

hen. Ziel muss es sein, ein für Jugendliche attraktives Angebot vorzuhalten.



11. Wie ist Ihre konkrete Position zur Umsetzung der Thematik »Feuerwehr/Brandschutzerziehung« im Rahmen der schulischen Unterrichtspläne (z.B. ab der 4. Jahrgangsstufe) – etwa auch analog der Verkehrserziehung?

11. Die Brandschutzerziehung wird grundsätzlich durch die örtliche Feuerwehr durchgeführt. Die Schulen sind angehalten, diese entsprechend in ihre Unterrichtspläne aufzunehmen. Ab der 4. Jahrgangsstufe ist die Brandschutzerziehung in Schulen deshalb von zusätzlicher Bedeutung, weil das Alter für den Eintritt

11. Die Erfahrungen in anderen Bundesländern mit einer Feuerwehrtechnischen Grundausbildung als Wahlpflichtfach an den Schulen z.B. sind differenziert. Im Rahmen einer offenen Ganztagschule oder auch in der Grundschule sollten aber Kooperationen mit Feuerwehren vor Ort unterstützt

FDP

keit der Feuerwehren informiert und so vorbildliche Nachwuchsarbeit geleistet. Die Übernahme der Trägerschaft für das Freiwillige Soziale Jahr durch den LFV hat entscheidende Impulse auch für die Jugendarbeit gebracht und ist vom Land mit einer Anschubfinanzierung sowie Beratung und fachlichen Hilfestellungen unterstützt worden.

Die Grünen

ge Jugendfeuerwehrschiele in Marburg gefunden werden müssen.

Die Linke

worten auf die Fragen 5 und 11) kann ein attraktives Ausbildungszentrum dazu beitragen, den Bedarf an Feuerwehrynachwuchs zu decken. Dazu ist es notwendig, dass das Ausbildungszentrum technisch auf dem neuesten Stand gehalten wird. Hierzu müssen durch das Land entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden.

11. Im Rahmen schulischer Ergänzungsangebote halten wir Elemente mit Bezug zum Brandschutz für sinnvoll und möglich. Allerdings bedingt jede Aufnahme von Lehrinhalten in schulische Unterrichtspläne einen Konflikt mit weiteren Bestandteilen des Kurrikulums. Eine verpflichtende Aufnahme in die

11. Brandschutzaufklärung und -erziehung ist eine wichtige Aufgabe zur Brandvorsorge. Tatsächlich sind wir der Ansicht, dass gerade junge Menschen früh damit in Berührung kommen sollten. Hier kann und muss auch Schule ihren Beitrag leisten. Die Unterrichtspläne sind heute schon sehr voll gepackt.

11. Feuerwehrdienst und Brandschutz sind mehr als der bloße Einsatz. Deshalb befürworten wir auch hier Maßnahmen, die die Prävention und somit die Verhinderung von Feuerwehreinsätzen unterstützen. Hierzu kann auch eine wie von Ihnen vorgeschlagene Brandschutz-erziehung beitragen. Solche

Frage

CDU

SPD

in die Jugendfeuerwehr erreicht ist und Mitglieder geworben werden können. Feuer übt auf Kinder eine große Faszination aus. Deshalb ist es wichtig, dass sie früh lernen, welche Gefahren davon ausgehen und was man machen muss, wenn es dann doch einmal brennen sollte. Deswegen hat das Innenministerium bereits im September 2012 ein Bilderbuch für die Brandschutzerziehung herausgegeben. Neu ist das »Löwenstarke Ausmalbuch«, das wie das Bilderbuch kostenlos angefordert werden kann. Durch das Ausmalen und Basteln können sich die Kinder nun noch intensiver mit diesen wichtigen Themen auseinander setzen. In Hessen werden jedes Jahr viele tausend Brandschutzerziehungsstunden von in der Regel ehrenamtlich arbeitenden Brandschutzerzieherinnen und Brandschutzerziehern geleistet. Die meisten davon in Kindergärten und Schulen. Damit tragen die hessischen Brandschutzerzieherinnen und Brandschutzerzieher maßgeblich zur Sicherheit der Kinder bei. Dieses Engagement halten wir für sehr wichtig und sprechen diesen Brandschutzerzieherinnen und -erziehern daher als CDU Hessen unseren Dank aus.

werden, jedoch nicht von oben verordnet.



12. Wie sehen Sie die Finanzierung der Feuerwehren auf der Landesebene und die Festschreibung der zweckgebundenen Feuerschutzsteuer – sowie einer zusätzlichen Mitfinanzierung aus dem Landeshaushalt? Zur Erläuterung – die Feuerschutzsteuer ist der Betrag, den jeder Hauseigentümer im Rahmen seiner Gebäudeversicherung abführt und der dann den Ländern auf jeden Fall zur Verfügung steht. Das Land Hessen hat hier in den letzten Jahren aufgestockt aufgrund der laufend schwankenden Einnahmen und es sind fest 30 Mio. Euro vorgese-

12. Seit 2009 werden die nach wie vor jährlich schwankenden Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer durch zusätzliche Mittel aus dem allgemeinen Landeshaushalt ergänzt, womit dem Brandschutz nunmehr ein fester Betrag (derzeit mindestens 30 Mio. Euro jährlich) zur Verfügung steht. Nach Abzug der Ausgaben für die Hessische Landesfeuerweherschule, der Sachkosten im Brandschutz sowie der Zuweisungen an den Katastrophenschutz standen in den letzten Jahren ca. 13 bis 15 Mio. für Fördermaßnahmen zur Verfügung. Damit konnte eine Planungssicherheit und somit die Grundlage geschaffen werden, nahezu kontinuierlich pro Kreis mindestens ein Feuerwehrhaus

12. An der Planungsgröße von 30 Millionen Euro hält die SPD auf jeden Fall fest. Darüber hinaus gehende Zusagen sind angesichts der Finanzlage aus Sicht der SPD nur schwierig zu realisieren.

FDP

Lehrpläne sehen wir daher skeptisch.

Die Grünen

Die Verstärkung einer Thematik hat somit unmittelbar zur Folge, dass andere Themen weniger stark behandelt werden können. In diesem Sinne müssen die Unterrichtsinhalte regelmäßig überprüft und angepasst werden. Gerade bei Ganztagsschulangeboten soll der Nachmittag nach unserer Vorstellung auch außerschulisch gestaltet werden, um nichtschulische Einflüsse zu sichern und Potentiale zu nutzen. Hier könnten wir uns Brandschutzerziehung sehr gut vorstellen.

Die Linke

Maßnahmen sind auch dabei hilfreich, Kindern bereits im Grundschulalter die Wichtigkeit von Engagement bei der Feuerwehr zu verdeutlichen. Diese schulischen Maßnahmen sollten jedoch von speziell dafür ausgebildeten hauptamtlichen Feuerwehrfrauen und -männern durchgeführt werden.

12. Das Land nimmt die Aufgaben des Brand- und Katastrophenschutzes ernst und ist daher durch die Zuweisung zusätzlicher Mittel zu dem Aufkommen der Feuerschutzsteuer – zuletzt in Höhe von 30 Mio. Euro – seiner Rolle aktiv nachgekommen, indem vor allem im Bereich der Fahrzeugbeschaffung und bei der Förderung von Bauvorhaben durch Landeszuschüsse die Feuerwehren unterstützt worden sind. Hinzu kommen die substantiellen Investitionen in den Aufbau des BOS/Digitalfunks durch Bund und Land. Die FDP ist in der vergangenen Legislaturperiode ein verlässlicher Partner für die Feuerwehren gewesen und wird dies auch in Zukunft weiterhin sein.

12. Selbstverständlich müssen die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer auch für den Brandschutz zur Verfügung gestellt werden. Allerdings ist es mittlerweile so, dass ein großer Teil der Feuerwehreinätze im Bereich des Straßenverkehrs stattfinden (Rettung von Verletzten, Beseitigen von Ölschichten, Gefahrgutunfälle etc.). Wir setzen uns daher dafür ein, auch Mittel aus der Kfz-Versicherung für den Feuerschutz zu erheben. Eine Verstärkung der Finanzierung der Brandschutzkosten ist nach unserer Auffassung erforderlich, um auch in Zukunft auf hohem Niveau einen flächendeckenden und guten Brandschutz zu ermöglichen.

12. Sie weisen zu recht auf die steigenden Ausgaben in den kommenden Jahren hin, die durch Schuldenbremse und kommunaler Schutzschirm noch verschärft werden. Wir präferieren eine Kombination der Finanzierung aus der Feuerschutzsteuer, sowie garantierten Landesmitteln. Für eine flächendeckende und moderne Feuerwehr sind entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen. Deshalb ist die Garantiesumme von 30 Mio. Euro wichtig, sie muss aber weiter – entsprechend der Preisentwicklung – angepasst werden.

Frage

CDU

SPD

hen – eine planbare Größe und schon lange Jahre gefordert. Diese Mittel werden für die Landesfeuerweherschule, die bewährten Landesbeschaffungsaktionen und die unverzichtbare Bezuschussung von Einsatzfahrzeugen in den Kommunen benötigt. Allerdings steigen hier die Ausgaben in den letzten Jahren, so dass hier künftig »30 Mio. plus« notwendig sein werden.

und drei Fahrzeuge fördern zu können. In den Jahren 2007 bis 2012 konnten 556 Fahrzeuge und 163 Feuerwehrhäuser mit über 58,5 Millionen Euro gefördert werden. Darin enthalten sind zahlreiche Landesbeschaffungen von häufig benötigten Fahrzeugtypen. Hier nimmt das Land den Kommunen die aufwendige Beschaffung (des gesamten Fahrzeugs oder des Fahrgestells) ab und es können so zudem deutlich bessere Preise erzielt werden.

Im Rahmen der Brandschutzförderung wurden im Jahr 2012 42 Baumaßnahmen (Neubauten und Erweiterungen von Feuerwehrhäusern) oder die Ausstattung von Atemschutzübungsstrecken gefördert. Außerdem wurden 101 Feuerwehrfahrzeuge bewilligt oder zentral beschafft (einschließlich zentral beschaffter 27 Löschgruppenfahrzeuge, 10 mit höherer Förderung wegen der Bereitstellung auch für den Katastrophenschutz, und 20 Fahrgestelle für TSF-W und 2 Fahrgestelle für TSF). Das Fördervolumen betrug insgesamt rund 10,5 Mio. Euro.

Diese Schwerpunktsetzungen wurden durch den Landeshaushaltsgesetzgeber, hier insbesondere in Gestalt der CDU-Landtagsfraktion, getragen durch die CDU Hessen, ermöglicht. Die Opposition hingegen hatte die dafür erforderlichen Mittel durch Ablehnung der gesamten Landeshaushalte der letzten Jahre jeweils abgelehnt.

FDP

Die Grünen

Die Linke

Um bessere Arbeitsbedingungen und moderne Informationstechniken zu ermöglichen, hat der Hessische Landtag 2004 den Abriss des alten Plenarsaals beschlossen.

Das neue Plenarsaalgebäude (Bild) konnte im März 2008 in Betrieb genommen werden.



Diese Parteien stellen sich zur Landtagswahl 2013

Liste	Partei und Wählergruppen	Kurzbezeichnung
1	Christliche Demokratische Union Deutschlands	CDU
2	Sozialdemokratische Partei Deutschlands	SPD
3	Freie Demokratische Partei	FDP
4	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	GRÜNE
5	DIE LINKE	DIE LINKE
6	FREIE WÄHLER Hessen e. V.	FREIE WÄHLER
7	Nationaldemokratische Partei Deutschlands	NPD
8	DIE REPUBLIKANER	REP
9	Piratenpartei Deutschland	PIRATEN
10	Bürgerrechtsbewegung Solidarität	
11	Aktive Demokratie direkt	ADd
12	Allianz Graue Panther	AGP
13	Alternative für Deutschland	AfD
14	Autofahrer- und Volksinteressenpartei	AVIP
15	Lärmfolter-Umwelt-Politik-ehrlich	LUPe
16	Ökologisch-Demokratische Partei	ÖDP
17	Partei für Arbeit, Rechtsstaat, Tierschutz, Elitenförderung und basisdemokratische Initiative	Die PARTEI
18	Partei für Soziale Gleichheit, Sektion der Vierten Internationale	PSG